

Niederschrift zur 20. öffentlichen Sitzung des Beirates Vegesack am Donnerstag, dem 19. Januar 2017 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlfis-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 20:50 Uhr

Vorsitzender: OAL Heiko Dornstedt
Schriftführerin: Maren Zilm

Tagesordnung:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschriften der 17. Sitzung vom 10. November 2016 und 18. Sitzung vom 8. Dezember 2016
3. Situation in der Silvesternacht - Grohner Düne
4. Innere Sicherheit
 - Sachstand Polizeireform
 - Rechtliche Konsequenzen aus Gesetzesverstößen
5. Vergabe von Globalmitteln
6. Anträge und Anfragen der Parteien
7. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
8. Mitteilungen des Beiratssprechers
9. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Eyfer Tunc	Hans-Albert Riskalla
Wilfried Sulimma	Klaus-Dieter Bless
Joachim Riebau	Torsten Bullmahn
Gabriele Jäckel	Greta Frenzel
Sabri Kurt	Cord Degenhard
Dr. Hans-Stephan Schlenker	Brigitte Palicki
Thomas Pörschke	Günter Kiener

Es fehlt:

Marvin Mergard
Peter Fahsing
Dr. Jürgen Hartwig

Weitere Gäste:

Herr Voß	Leiter des Polizeireviers Vegesack
Herr Töllner	Stellv. Leiter der Polizeiinspektion Nord
Herr Zottmann	Leitender Polizeidirektor

Herr Dornstedt begrüßt die Gäste und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen ist. Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Er erinnert die Beiratsmitglieder, dass bis heute die Anmeldungen für den Besuch der Partnerstadt Warnemünde eingegangen sein sollten. Er bietet eine letzte Verlängerungsfrist bis zur Sitzung des Sprecherausschusses am 26. Januar 2017 an.

Herr Dornstedt berichtet, dass Ende März die Initiative „Bremen räumt auf“ aktiv wird. Am 31. März 2017 ist der Tag der Firmen und der Tag der Kinder. Am 1. April findet der Tag der Erwachsenen statt. Wer mehr Informationen möchte, findet sie unter www.bremen-raeumt-auf.de.

Am 27. Januar 2017 ist der Jahrestag zur Erinnerung an die Opfer des NS-Systems.
Am 29. Januar 2017 wird es um 10.00 Uhr einen Gedenkgottesdienst in der Kirche
Alt-Aumund geben, anschließend findet auf dem Jacob-Wolff-Platz eine Gedenkveranstaltung
statt.

Tagesordnungspunkt 1

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Folgende schriftlichen Anträge liegen vor:

- Die Eltern der Kindergruppe im Bürgerhaus beantragen einen Mutter-Kind-Parkplatz am Bürgerhaus.
- Ein Anwohner der Borchshöhe möchte regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen in der Borchshöherstraße zwischen Martinsheide und Borchsholt durch die Polizei. Außerdem soll eine Warntafel installiert werden, die mit der Anzeige den jeweiligen Fahrzeugführer die Geschwindigkeit bewusst macht. Es sollen außerdem weitere 30er Schilder aufgestellt werden, damit jedem Fahrer bewusst ist, welche Geschwindigkeit gilt.
- Der FDP-Ortsverband beantragt einen Sachstandsbericht zum Blauen Band.
- Einige Anwohner der Frithjofstraße beantragen die Einrichtung von weiteren Parkplätzen.
- Die Schule Lerchenstraße bittet um Unterstützung, eine offene Sozialpädagogen-Stelle zu besetzen.
- Ein Bürger möchte die Ergebnisse seines Antrages vom 26.1.2016 mit Herrn Dornstedt besprechen, ein Termin wurde bereits verabredet.

Ein weiterer Bürger meldet sich zu Wort:

- Er beklagt sich über die Falschparker im Fährer-Flur, die bis in die Kreuzung hinein parken, und dem Aumunder Heerweg, im Bereich der höher liegenden Häuser vor den Garagen. Dort stehen die Fahrzeuge oft mit dem Heck auf dem Fußweg. Eine Anwohnerin ergänzt die Liste um die Aumunder Heide in dem Bereich zwischen Ludwig-Jahn-Straße bis Fährer Flur.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung der Niederschriften der 17. Sitzung vom 10. November 2016 und 18. Sitzung vom 8. Dezember 2016

Die Niederschriften werden wie vorliegend genehmigt.

Tagesordnungspunkt 3

Situation in der Silvesternacht - Grohner Düne

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Zottmann, Herrn Töllner und Herrn Voß sowie weitere Polizisten im Zuschauerraum.

Er bittet Herrn Zottmann um Auskunft darüber, was in der Silvesternacht wirklich passiert ist. Die Meisten haben die Berichterstattung in den Zeitungen gelesen, hier soll erörtert werden, wie es aus Sicht der Polizei war.

Herr Zottmann berichtet, dass Silvester jedes Jahr eine große Herausforderung für die Polizei ist. In diesem Jahr hat man sich besonders auf die Innenstadt konzentriert wegen der Vorfälle in Köln im letzten Jahr. Es wurde selbstverständlich auch geschaut, was in Bremen-Nord

passieren könne. Es wurde eine personelle Aufstellung gewählt, von der man glaubte, dass man über die Runden käme. Das sind schwierige Entscheidungen, die dort zu treffen waren. Zu den Vorfällen an der Grohner Düne berichtet er, dass es eine ganz einfache Geschichte war. Die Kollegen wurden gerufen, haben ihre zwei Streifenwagen abgestellt, sind in die Grohner Düne gegangen und haben ein Gespräch mit einem Hausmeister geführt. Dabei erfuhren sie, dass Fahrzeuge beworfen wurden. Sie gehen zu ihren Streifenwagen zurück und kommen an einer Gruppe von 30 bis 40 Personen, unter ihnen Frauen und Kinder, vorbei und finden ihre beschädigten Fahrzeuge vor. Es gab keinerlei Respektlosigkeiten, als sie an der Gruppe vorbei kamen. Als ein Kollege jedoch mit einer Videokamera die Leute aufnehmen wollte um Täterhinweise zu finden, wurden er und die Fahrzeuge weiter beworfen. Daraufhin hat er sich in sein Auto gesetzt und die Streifenwagen sind abgezogen um Verstärkung zu holen.

Herr Zottmann ist der festen Überzeugung, dass die Kollegen sich richtig verhalten haben, zumal die Ansage gilt, wenn in einer Situation nicht gehandelt werden kann, wird sich kurzfristig zurück gezogen und mit Verstärkung zurück gekommen. Das war hier so geplant, aber durch die Vorfälle in der George-Albrecht-Straße nicht möglich.

In dieser Nacht war es in ganz Bremen-Nord mit vielen Einsätzen hektisch, später haben Einsatzkräfte aus der Stadt hier in Bremen-Nord unterstützt.

Herr Zottmann stellt fest, für den Jahreswechsel 2017 / 2018 wird er in Bremen-Nord zusätzliche Kräfte einsetzen.

Herr Kiener ist kritisiert, dass die Polizei kontinuierlich heruntergewirtschaftet wurde und fordert mehr Polizisten in Vegesack. Er lobt jedoch den Einsatz der Polizei in der Silvesternacht.

Herr Bullmahn lobt ebenfalls den Einsatz der Polizei und erklärt, dass es eine Veränderung geben muss. Er fordert, dass der Senat handelt.

Herr Pörschke begrüßt die Ankündigung stärkerer Polizeikräfte und ergänzt, dass eine sachliche Diskussion zur Frage der Videoüberwachung geführt werden muss. Es ist eine Fehleinschätzung, dass eine Kameraüberwachung Straftaten verhindert, aber sie ist ein brauchbares Instrument zur Täterfeststellung. Er fragt, wie die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Videoüberwachung im öffentlichen Raum sind.

Herr Zottmann erklärt, dass es nicht so einfach ist, den Einsatz von Videoüberwachung zu begründen. Er bestätigt, dass Videoüberwachung hilfreich sein kann und auch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erhöht. Allerdings legt das Bremische Polizeigesetz hohe Hürden. Es muss sich um eine Örtlichkeit handeln, an der es bereits zu profunden Straftaten gekommen ist und wo für die Zukunft zu befürchten ist, dass sich ähnliche Straftaten wiederholen. Dies ist am Vegesacker Bahnhofsplatz nicht der Fall.

Herr Sulimma unterstützt die Forderung nach mehr Polizei und lobt, wie die Polizei sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten in der Silvesternacht verhalten hat. Er hält es für wichtig, dass die Täter, wenn sie ermittelt werden, zeitnah bestraft werden. Viele Verfahren von 2004 sind noch anhängig, es muss eine zeitliche Verbindung zwischen Tat und Bestrafung geben.

Herr Bullmahn kritisiert das Fernbleiben des Justizressorts. Das respektlose Verhalten gegenüber der Polizei ist nicht hinnehmbar. Täter werden nicht hart genug bestraft.

Herr Zottmann freut sich über jede Unterstützung, es wird auf allen Ebenen mehr Personal benötigt. Die nächsten ein bis zwei Jahre werden noch hart, dann geht es langsam bergauf. Er betont aber, dass es keinen rechtsfreien Raum in Bremen gibt. Wenn es zu Vorfällen kommt, wird reagiert. Im Zweifel werden an kritischen Orten zwei Streifenwagen eingesetzt.

Herr Degenhard wundert sich, dass sich die Aussagen von Herrn Zottmann so harmlos anhören, mit der Aussage „das gehört sich nicht“, ist es aus seiner Sicht nicht getan. Er ist dankbar, dass es im nächsten Jahr Silvester besser werden soll. Er betont, dass die BIW immer an der Seite der Polizisten auf der Straße ist.

Er kritisiert, dass nach der WM-Nacht 2014 keine höheren Maßstäbe gesetzt wurden. Er bezweifelt, dass es in Bremen-Stadt mehr prekäre Punkte gibt als in Bremen-Nord und wirft der Polizeiführung vor, keine Konsequenzen aus den damaligen Vorfällen gezogen zu haben.

Herr Zottmann erklärt, dass er nicht versprechen kann, dass nächstes Silvester alles besser wird. Er kann nur versprechen, dass mehr Polizisten in Bremen-Nord eingesetzt werden. Er bestätigt, dass die Situation an der Grohner Düne für die vier Kollegen bestimmt eine dramatische Situation war. Sie hatten vor mit Verstärkung zurück zu kommen, was wegen der anderen Vorfälle nicht möglich war.

In anderen Stadtteilen gibt es auch Probleme, z.B. in Huchting, Osterholz, Hemelingen und vielen anderen Orten. Überall wurden zusätzliche Kräfte eingesetzt. In Marßel haben Kollegen aus Walle unterstützt. Es wurde in der Nacht noch reagiert, aber hinterher ist man immer schlauer. Ihm ist wichtig, dass die Kollegen und Kolleginnen nach dem Dienst gesund wieder nach Hause kommen und dass die bremische Bevölkerung keinen besonderen Gefahren ausgesetzt ist. Das war nicht der Fall, wenn man von dem schweren Vorfall in Lüssum absieht.

Frau Jäckel dankt der Polizei, sie hat sich die Silvesternacht in Bremen sicher gefühlt.

Herr Pörschke hätte sich gefreut, wenn jemand aus dem Justizressort an der Sitzung teilgenommen hätte. Er hätte gerne folgende Fragen gestellt:

Ist die personelle Ausstattung des Justizressort ausreichend? – das gilt für Richterstellen, Staatsanwaltschaft usw..

Wie sieht es mit der Verfahrensdauer aus? – müssen Verfahren auf Grund von Verjährung eingestellt werden, weil sie nicht rechtzeitig bearbeitet werden können?

Er kündigt an, diese Fragen in Form einer Anfrage der Grünen zu formulieren.

Herr Bullmahn trägt den Antragstext der CDU vor:

Zum wiederholten Male gab es in Bremen Nord, im Bereich der Grohner Düne einen Angriff auf die Polizei. Wie es aus der Presse zu entnehmen war, wurden die Beamten mit Feuerwerkskörpern und Flaschen beworfen. Die Beamten mussten sich aus Gründen der personellen Unterlegenheit und der Eigensicherung scheinbar aus dem Einsatz zurückziehen. Tatverdächtige konnten nicht ermittelt werden. Es entstand ein erheblicher Sachschaden an 2 Einsatzfahrzeugen. Außerdem bekämpften sich parallel und wiederholt, 2 Großfamilien in Blumenthal. Hier waren viele der Einsatzkräfte der Polizei gebunden, und waren an anderen Einsatzorten nicht verfügbar.

Die Hemmschwelle in Bezug auf Einsatzkräfte der Polizei, der Feuerwehr und dem Rettungsdienst ist bei bestimmten Tätergruppen NICHT mehr vorhanden.

Neben der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, muss selbstverständlich auch die Sicherheit von Einsatzkräften der Polizei, der Feuerwehr inkl. des Rettungsdienstes gewährleistet sein. Unser Rechtsstaat darf nicht mehr tolerieren, dass Einsatzkräfte in der Ausübung ihrer Arbeit behindert oder gar lebensgefährlich bedroht oder angegriffen werden.

Der Beirat Vegesack möge beschließen:

Der Beirat Vegesack fordert den Senator für Inneres auf, bei der jetzt anstehenden Polizeireform, die Brennpunkte (Grohner Düne und Vegesacker Bahnhofsvorplatz) sowie die geographische Lage und Größe Bremen Nord zu berücksichtigen. Die Polizei muss dementsprechend materiell und personell ausgestattet werden.

Des Weiteren sind folgende Maßnahmen zu prüfen und ggf. umzusetzen:

- 1. Das Installieren einer Videoüberwachung z.B. im Bereich des Vegesacker Bahnhofsvorplatz sowie dem Vegesacker Bahnhof.***
- 2. Den Einsatz der Body-Cams (wie z.B. Hessen oder Hamburg) bei allen Polizeieinsätzen, um Straftaten aufzuklären oder abzuwenden.***

Der Beirat Vegesack fordert die konsequente und zügige Strafverfolgung sämtlicher Straftaten. Übergriffe von kriminellen Einzeltätern und Gruppen auf Bürgerinnen und Bürger, auf Einsatzkräfte der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), mit aller Härte, intensiv und ausnahmslos im Rahmen des Strafgesetzbuchs zu ahnden.

Frau Tunc trägt den Antrag der SPD vor:

Der Beirat Bremen-Vegesack fordert den Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen auf, mit dem Eigentümer der Grohner Düne über die Installation sowie die Kostenübernahme einer Video-Überwachung in der Grohner Düne zu verhandeln. Die Senatskanzlei, Bremen-Nord-Beauftragter, wird aufgefordert, die Folgemaßnahmen dieser Verhandlungen im Rahmen des Konzeptes Grohner Düne zu koordinieren.

Begründung

Die Presse berichtete über Angriffe bisher Unbekannter in der Silvesternacht 2016/17 auf Polizeibeamte. Hierbei wurden zwei Streifenwagen beschädigt. Aufgrund der Wucht des Angriffs einer größeren Zahl unbekannter Personen mit explodierenden pyrotechnischen Materialien und Wurfgeschossen auf die Polizeibeamten brachen diese eine Dokumentation des Geschehens mit einer dienstlichen Videokamera aus Eigensicherungsgründen ab. Anschließend bat die Polizei über die Presse Zeugen, sich telefonisch zu melden. Es ist gängige Praxis in der Bundesrepublik Deutschland, dass zum Schutze von Privateigentum auch Videoüberwachung eingesetzt wird. In der Vergangenheit wurden auch in der Grohner Düne positive Erfahrungen mit einer solchen privat betriebenen Überwachung gemacht. Angesichts der aktuellen Erfahrungen sollte die rechtliche und praktische Erweiterung der Videoüberwachung auf das private Außengelände der Grohner Düne geprüft werden.

Herr Dornstedt schlägt vor, beide Anträge zu einem Antrag zusammenzuführen und setzt eine Pause an.

Nach einer Unterbrechung von zehn Minuten werden beide Anträge getrennt zur Abstimmung gestellt.

Herr Sulimma gibt zu Protokoll, dass er für den Antrag der Videoüberwachung auf dem Bahnhofsvorplatz stimmen wird. Er äußert jedoch seine starken Bedenken dazu.

Herr Degenhard erklärt, dass er keinerlei Bedenken hat, eine Videoüberwachung auf dem Bahnhofsvorplatz zu installieren.

Herr Dornstedt bittet um Abstimmung des Antrages der CDU. Der Antrag wird mit einer Gegenstimme beschlossen.

Anschließend bittet Herr Dornstedt um Abstimmung des Antrages der SPD. Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 4

Innere Sicherheit

- Sachstand Polizeireform

Herr Dornstedt erinnert, dass es eine Polizeistrukturereform gibt, die ursprünglich Ende 2016 im Beirat vorgestellt werden sollte. Es gab allerdings Verzögerungen daher ist das Thema nun auf der Tagesordnung.

Er bittet Herrn Zottmann um einen Bericht.

Herr Zottmann berichtet, dass seit Sommer letzten Jahres Überlegungen angestellt werden,

wie die Polizei anders und besser aufgestellt werden kann. Der Senat hat der Polizei 2600 Stellen zugebilligt, es fehlen im Moment die entsprechenden Köpfe. Er rechnet damit, dass 2018/2019 diese Zahlen erreicht werden, um wieder in einer vernünftigen Struktur Polizeiarbeit durchführen zu können. Bis 2018 können die Kollegen, die in Ruhestand gehen, nicht ersetzt werden. Es ist unstrittig, dass die Kräfte auf der Straße erhöht werden müssen, um den Herausforderungen, die es dort gibt, begegnen zu können. Der Aufwand pro Einsatz wird immer größer. Auch bei Großlagen muss die Polizei handlungsfähig bleiben und im Bereich Wohnungseinbrüchen, Straßenraub und Drogenhandel erfolgreich sein. All diese Ziele sollen mit der Polizeireform erreicht werden.

Es wird in Bremen-Nord nicht weniger Polizisten geben. Ob es mehr geben kann, hängt davon ab, ob die Polizei in zwei bis drei Jahren mehr als 2600 Stellen bekommt. Im März wird die Innendeputation über die regionale Struktur beschließen.

Es wird angestrebt, einen zentralen Standort in Vegesack mit einem Komplettangebot rund um die Uhr einzurichten. Die Standorte Blumenthal und Burglesum sollen erhalten werden, wenn auch nicht unbedingt am alten Standort. Wenn z.B. durch Zusammenlegung der beiden Einsatzdienststandorte in Blumenthal und Burglesum Personal frei wird, soll es auch in Bremen-Nord eingesetzt werden. Sein Ziel ist es, dieses Personal zur Bekämpfung des Wohnungseinbruches einzusetzen. In diesem Bereich gibt es aktuell ein Problem in Bremen-Nord und es werden bereits Kräfte aus der Stadt angefordert.

Herr Degenhard begrüßt, dass in Bremen-Nord wieder die Zentrale mit einer Tag- und Nachtöffnung sein soll. Er begrüßt auch, dass mehr Kräfte auf die Straße kommen sollen. Er rügt und hält es für feige, dass die Justiz nicht an dieser Sitzung teilnimmt. Er erinnert an verschiedene Straftaten aus 2013 und 2014 und kritisiert, dass es noch immer nicht zu Verhandlungen kam. Er stimmt der Aussage, dass es keine rechtsfreien Räume gibt, zwar zu, ist aber überzeugt, dass es Parallelgesellschaften gibt. Er hält den Ansatz, Wohnungseinbrüche zu bekämpfen für schwieriger, als die Bekämpfung von kriminellen Familienclans.

Herr Kiener hält die Strukturreform nicht für effektiv. Ohne richtig Geld in die Hand zu nehmen, werden die Maßnahmen nichts bringen. Er behauptet, dass die Polizeiführung im „Kadavergehorsam“ alle Streichungen, ohne sich zu wehren, hingenommen hat.

Herr Zottmann erklärt, dass er den Ausdruck „Kadavergehorsam“ energisch zurückweist und unerträglich findet. Ein seiner Gegenwart darf man solch einen Ausdruck nicht benutzen.

Er ergänzt, dass ohne Finanzmittel die Pläne nicht umgesetzt werden können, denn das Polizeirevier in Vegesack bietet nicht die entsprechend notwendigen Flächen.

Frau Tunc trägt den Antrag der SPD vor:

Der Beirat Bremen-Vegesack fordert den Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen auf, das Polizeirevier in Bremen-Vegesack wieder 24 Stunden am Tag zu öffnen. Dafür ist am Polizeirevier Bremen-Vegesack zudem die abschnittsbezogene personelle und technische Ausstattung sicherzustellen, die es auch ermöglicht, jederzeit Einsätze in Sonderlagen in Bremen-Nord zu führen.

Begründung

Bremen-Nord ist mit seiner geografischen Lage und Struktur -Angliederung an das bremische Kerngebiet im kompletten Norden Bremens und ein drei Stadtteile und 15 Ortsteile umfassendes Gebiet- Lebensraum für knapp 100 000 Menschen. Senat und Kommunalpolitik unternehmen darüber hinaus alle Anstrengungen, Bremen-Nord durch Ausweisung von Wohnbaugebieten und z.B. Schaffung der damit im Zusammenhang stehenden Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur, die Einwohnerentwicklung in Bremen-Nord weiter positiv zu stärken. In diesem Zusammenhang benötigt Bremen-Nord eine funktionsfähige, ortskundige und nah am Bürger orientierte Einsatzleitung und Einsatzkoordination, die im Bedarfsfall einen zeitnahen und bedarfsgerechten Einsatz von Polizeikräften ermöglicht. Eine solche räumliche Infrastruktur ist mit dem Polizeirevier Bremen-Vegesack und seiner

*weiteren baulichen und technischen Infrastruktur dem Grunde nach gegeben.
Durch eine ganztägige und ganzjährige Öffnung des Polizeireviers Bremen-Vegesack würde die mittelzentrale Funktion des Polizeiabschnitts Bremen-Nord zudem zwingend gestärkt werden.*

Herr Pörschke begrüßt den Antrag und erkundigt sich, ob Herr Zottmann einen Ordnungsdienst als staatliches Instrument zur Feststellung von Ordnungswidrigkeiten für sinnvoll hält und ob dies für Bremen geplant ist.

Herr Zottmann bestätigt, dass er sich für Bremen einen Ordnungsdienst, wenn er zusätzlich zur Polizei eingerichtet wird, gut vorstellen kann. Er betont aber, dass dafür keine Polizisten und Polizistinnen eingespart werden dürfen.

Herr Bullmann erkundigt sich über das Durchschnittsalter der Polizei in Bremen-Nord und wie die rund 300.000 Überstunden der Polizei abgebaut werden sollen.

Das Durchschnittsalter ist Herrn Zottmann nicht bekannt, bei den Kollegen, die rund um die Uhr im Dienst sind, liegt er zwischen 30 und 40. Die geburtenstarken Jahrgänge gehen jetzt in Rente, einige verlängern jedoch dankenswerter Weise ihre Lebensarbeitszeit, was hilft, in den nächsten zwei Jahren über die Runden zu kommen.

Die Überstunden sind im Moment schwer abzubauen, weil Personal fehlt.

Herr Dornstedt stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Antrag wird mit drei Enthaltungen einstimmig beschlossen.

- Rechtliche Konsequenzen aus Gesetzesverstößen

Frau Tunc trägt den Antrag der SPD vor:

Der Beirat Bremen-Vegesack fordert den Senator für Justiz der Freien Hansestadt Bremen auf, Staatsanwaltschaft und Gerichte so auszustatten, dass auf kriminelle Ereignisse in Bremen-Vegesack und Bremen-Nord zeitnahe justizielle Reaktionen möglich sind.

Begründung

Angesichts zurückliegender Ereignisse wie z.B. der Geschehnisse in Bremen-Vegesack in der Silvesternacht 2016/17 und auch in anderen Ortsteilen in Bremen-Nord ist die personelle Verstärkung der Staatsanwaltschaft und der Gerichte für eine zeitnahe und konsequente Strafverfolgung erforderlich.

Es ist eine gesicherte kriminologische Erkenntnis, dass auf Straftaten insbesondere junger Menschen, und/aber auch bei Tätern mit mangelhaftem Wertebewusstsein für ein korrektes, straffreies Verhalten, eine sehr zeitnahe und konsequente Strafverfolgung erfolgen muss. Dies gilt ebenso für eine zeitnahe und konsequente richterliche Entscheidung.

Beide justiziellen Vorgehensweisen haben eine dämpfende und präventive Wirkung auf das Verhalten auch der in Rede stehenden Personengruppen zur Folge.

Darüber hinaus hilft dies, die Gefahr rechtsfreier Räume abzuwenden.

Herr Bullmann appelliert an den Beirat, gemeinsam die Polizei zu unterstützen.

Herr Dornstedt stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Antrag wird mit einer Enthaltung einstimmig beschlossen.

Herr Zottmann dankt dem Beirat für die Rückendeckung.

Tagesordnungspunkt 5

Vergabe von Globalmitteln

Der Beirat und das Ortsamt benötigen für verschiedene Anlässe wie Gratulationen oder Gedenkveranstaltungen finanzielle Mittel, um Blumen oder Kränze oder andere Gaben anzuschaffen. Wie in den vergangenen Jahren sollen dafür wieder 1000 Euro bereitgestellt werden.

Der Beirat beschließt einstimmig, aus den Globalmitteln 1000 Euro für repräsentative Mitte zur Verfügung zu stellen.

Tagesordnungspunkt 6

Anträge und Anfragen der Parteien

Anfrage der SPD:

Sachstand der Besetzung einer halben Stelle in der ZAST als Ansprechpartner für die Bürger vor Ort

Wir bitten die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport um Auskunft, wieweit das Besetzungsverfahren einer halben Stelle in der ZAST als Ansprechpartner vor Ort für die Bürger fortgeschritten ist.

Begründung:

Im Schreiben der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport an das Ortsamt Vegesack vom 27.10.2015 wurde unter Punkt 15, Kümern um die Sorgen der Bevölkerung, die Schaffung und Besetzung dieser halben Stelle angekündigt.

Die Anfrage wird einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 7

Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Antwortschreiben Beschluss der Beiratssitzung am 20. Oktober 2016 zur Aktuellen Situation des BürgerServiceCenter Nord und Dienstleistungsangebot im Stadtteil Vegesack

Der Senator für Inneres teilt mit, dass der Senat mit dem Beschluss vom 25. Oktober 2016 die Neustrukturierung der Aufgabenwahrnehmung im Bereich des Stadtamtes eingeleitet hat. Er hat den Senator für Inneres unter anderem gebeten, im Rahmen einer Projektstruktur die Änderungen von Zuständigkeitsregelungen vorzubereiten.

In zwei Teilprojekten wird die künftige Aufgabenwahrnehmung und Organisationsstruktur für die Bereiche „Bürgerservice“ und „Fahrerlaubnisse und Zulassungen“ untersucht und letztlich im Senat beschlossen werden.

Sobald erste Planungen für den Bereich BSC Nord vorliegen, werden die Beiräte in Bremen-Nord einbezogen.

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen teilt dazu mit, dass von seiner Seite aus derzeit keine Einschränkungen der Dienstleistungen des BSC Nord geplant sind. In seinem Zuständigkeitsbereich betroffen, ist die Erteilung von Fischereischeinen.

Antwortschreiben Beschluss der Beiratssitzung am 10. März 2016 zur Situation an den Grundschulen im Stadtteil

Die Senatorin für Kinder und Bildung teilt mit, dass sich seit dem Beschluss des Beirats Vegesack zu den einzelnen Punkten einiges verändert hat:

1. Die Schule Fährer Flur wird zum Schuljahr 2017/18 zweizügig sein, da es 46 schulpflichtige Kinder gibt.
2. Die Schule Am Wasser hatte sich in der April gestellten Anfrage zur Ganztagsschulentwicklung gegen eine Umwandlung ausgesprochen und ein Konzept für die Vor- und Nachmittagsbetreuung vorgelegt. Diesem Abstimmungsergebnis wird gefolgt.
3. Die Schule Alt Aumund wird dem Deputationsbeschluss vom 16.11.2016 (Vorlage G 45/19) folgend zum Schuljahr 2017/18 von der offenen zur gebundenen Ganztagsschule umgewandelt.

Antwortschreiben zum Beschluss des Beirates Vegesack vom 09.06.2016 zur Sanierung der Turnhalle Ludwig-Jahn-Straße

Die Senatorin für Kinder und Bildung teilt mit, dass Immobilien Bremen die Möglichkeiten einer Berücksichtigung der Halle im Gebäudesanierungsprogramm 2017 und Wirtschaftsplan/Bauunterhalt 2017 zu prüfen zugesagt hatte. Die Gespräche zwischen IB und SKB Referat 14 finden erst in der 50. KW statt.

Referat 14 wird mit Nachdruck darauf einwirken, dass das Projekt prioritär behandelt wird und im Vorfeld der Sanierung qualitätsverbessernde Bauunterhaltungsmaßnahmen einfordern.

Herr Dornstedt sagt zu, dem nochmals nachzugehen, die 50. KW ist ja inzwischen auch schon wieder Vergangenheit.

Antwortschreiben zur Nachfrage des Ortsamtes über die Einrichtung einer zusätzlichen Ampelanlage oder eines Zebrastreifens in der Hermann-Fortmann-Straße

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr teilt mit, dass die Prüfung in der Hermann-Fortmann-Str. weiterhin auf der Agenda steht.

In Abhängigkeit der verfügbaren Ressourcen wird die Maßnahme einer konkreten umsetzungsorientierten Prüfung/Planung durch das ASV unterzogen, sobald die in der aktuellen Priorisierung vorstehenden Maßnahmen abgeschlossen sind.

Für das Jahr 2017 sind aktuell 13 konkrete Maßnahmen im ASV vorgesehen. Die Hermann-Fortmann-Str. ist hierin noch nicht enthalten, so dass frühestens 2018 mit einer Umsetzung gerechnet werden kann.

Antwortschreiben zum Beschluss des Beirates Vegesack vom 10.11.2016 zum gemeinsamen Antrag aller im Beirat vertretenen Fraktionen

Der Senator für Inneres teilt mit:

1. Einrichtung eines kommunalen Ordnungsdienstes

Im Rahmen der Neustrukturierung des Stadtamts ist vorgesehen, ein eigenständiges Ordnungsamt zu gründen. Das Ordnungsamt könnte dabei auch Aufgaben eines städtischen Ordnungsdienstes wahrnehmen. Derzeit wird eine Senatsvorlage vorbereitet, die auch die Auftragslage für die Erstellung eines Konzepts zur Schaffung eines städtischen Ordnungsdienstes enthält. Bis zur Fertigstellung eines Konzepts und dessen Umsetzung wird noch Zeit benötigt.

2. Aufnahme des Begriffs der „öffentlichen Ordnung“ in das Bremische Polizeigesetz

Das Bremische Polizeigesetz aus dem Jahr 1983 hat den Begriff „öffentliche Ordnung“ bewusst nicht mehr aufgenommen. Dem Begriff kommt keine eigenständige Bedeutung mehr zu. Allein die Tatsache, dass es sich um ungeschriebene Rechtssätze handelt, die Grundlage polizeilichen Handelns sein sollen zeigt, dass die Verwendung dieses Begriffs nicht mehr zeitgemäß ist.

Bremen hat Tatbestände, die sich im Ordnungsbereich bewegen, im Ortsgesetz über die öffentliche Ordnung geregelt. Dort befinden sich Regelungen über Straßenmusik, Tierhaltung, Bettelerei, Verhalten auf Straßen und in der Öffentlichkeit. Die Rechtsanwendung ist gegenüber dem rechtlich unscharfen Begriff der „öffentliche Ordnung“ deutlich präziser, wesentlich besser handhabbar und befindet sich auf einer rechtssicheren Grundlage.

Antwortschreiben zum Beschluss des Beirates Vegesack vom 8.12.2016 zum Aufstellung der Haushalte 2018/2016

Der Senator für Justiz und Verfassung teilt mit, dass das Projekt „Schlichten in Nachbarschaften“ des Täter-Opfer-Ausgleichs Bremen e.V. eine wichtige Arbeit leistet und auch begrüßt wird.

Anders als der gesetzlich normierte Täter-Opfer-Ausgleich fällt das Projekt „Schlichten in Nachbarschaften“ aber nicht in den Aufgabenbereich des Justizressorts.

Es obliegt der Entscheidung der Stadtteile, ob sie aus den Förderungsmitteln „Wohnen in Nachbarschaften“ das Projekt fördern möchten.

Eine Antwort von Soziales liegt noch nicht vor.

Antwortschreiben der Bremer Bäder GmbH (Frau Baden) zum Antrag der SPD vom 28.07.2017

Die Bremer Bäder GmbH teilt mit, dass das Freizeitbad zu den gewohnten Zeiten öffnen wird, wenn nichts Unerwartetes passiert. Eine Änderung der Nutzung ist nicht beabsichtigt.

Tagesordnungspunkt 8

Mitteilungen des Beiratssprechers

Herr Pörschke berichtet, dass verschiedene Themen, wie Klinikum Bremen-Nord, Fahrradwegenetz und Altlasten auf dem Tauwerkgelände angesprochen wurden. Das Protokoll soll folgen.

Tagesordnungspunkt 9

Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Herr Kurt bittet darum, die Anträge im Vorfeld per Mail zu bekommen.

Frau Frenzel berichtet von einer Beschwerde, dass die Zierkirschen in der Heinrich-Oebker-Straße so kurios beschnitten wurden und erkundigt sich, ob das alles seine Richtigkeit hatte. (Das OA hat sich erkundigt, die Bäume stehen auf Privatgrund)

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Die Sitzung endet um 20:50 Uhr.

Dornstedt
Vorsitzender

Zilm
Schriftführerin

Pörschke
Stellv. Beiratssprecher